



Herrn
Ministerpräsident
Winfried Kretschmann
Staatsministerium Baden-Württemberg
Richard-Wagner-Strasse 15
D-70184 Stuttgart

Liestal, 15. Januar 2021

COVID-19. Neue Einreisebeschränkungen - Auswirkungen für Grenzpendler/innen

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident

Die Nordwestschweiz ist Bestandteil eines trinationalen Wirtschafts- und Lebensraums. Unsere Region lebt von der Offenheit der Grenzen und verdankt dem freien Personen-, Waren- und Dienstleistungsverkehr ihre positive Entwicklung. Die Nordwestschweiz lebt mit den Landesgrenzen zu Deutschland und Frankreich, vor allem aber im Austausch über diese hinweg. Täglich überqueren am Oberrhein 70'000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger aus Frankreich und Deutschland die Grenzen in die Nordwestschweiz, viele davon arbeiten in Berufen im Gesundheitswesen, die nicht im Home-Office ausgeführt werden können, namentlich in Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen. Sie tragen massgeblich zur funktionierenden Gesundheitsversorgung in der Nordwestschweiz und einer effizienten Pandemiebekämpfung bei.

Mit Besorgnis nehmen wir daher von den Plänen der Bundesregierung Kenntnis, neue Test- und Einreisemelderegeln zu erlassen. Diese sehen drei Kategorien von Ländern vor: Die bestehenden Risikogebiete, Hochinzidenzgebiete und Virusmutationsgebiete. Als Hochinzidenzgebiet sollen Länder mit einer besonders hohen Inzidenz von mehr als 200 Fällen pro 100'000 Einwohnern gelten. Aller Voraussicht nach wird die Schweiz von den Bundesbehörden als ein Hochinzidenzgebiet eingestuft. Die neuen Vorschriften würden für Einreisen aus Hochinzidenzgebieten, obligatorische COVID-19-Tests 48 Stunden vor Einreise vorschreiben – ohne Ausnahme für die Grenzpendler. Ein regelmässiges Testen der Grenzpendler alle 48 Stunden und die entsprechenden Kontrollen scheinen kaum praktikabel zu sein. Die vorgeschlagenen Massnahmen würden also zu einer faktischen Grenzschiessung führen. Ein Szenario, welches wir wenn immer möglich verhindern möchten.

Bund und Kantone ist der Ernst der Lage in der Schweiz durchaus bewusst. Der Bundesrat hat angesichts der angespannten epidemiologischen Lage an seiner Sitzung vom 13. Januar 2021 weitere Massnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus beschlossen. Diese Massnahmen werden dazu beitragen, die Mobilität der Bevölkerung noch stärker zu reduzieren und damit auch die Grenzübertritte auf das absolut nötige Minimum zu beschränken.


Gemäss unseren Informationen, die wir durch die Schweizer Botschaft erhalten haben, verweisen die deutschen Bundesbehörden hinsichtlich der Umsetzung der Massnahmen auf die Zuständigkeiten der Bundesländer. Das Auswärtige Amt, BMG und BMI erwähnten, dass die Bundesländer Ermessensspielraum besässen, praktikable Lösungen für die Grenzpendler zu beschliessen. Sonderregelungen für bestimmte Berufsgruppen und/oder regionale Lösungen seien möglich, um das Erfordernis der 48-Stunden-Tests zu flexibilisieren (Coronavirus-Einreiseverordnung §4 Absatz 2 Ziffer 5). Letztlich obliege die Umsetzung und Kontrolle den lokalen Gesundheitsbehörden in den Landkreisen.

Angesichts der äusserst engen Verflechtungen in unserem hochintegrierten, gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraum, bitten wir Sie, im Interesse unserer beiden Bevölkerungen den gesamten Ihnen zur Verfügung stehende Ermessensspielraum zu nutzen, um im kleinen Grenzverkehr, namentlich für die Grenzpendler, weiterhin möglichst flexible und pragmatische Lösungen zu finden und die bestehenden Ausnahmeregelungen aufrecht zu erhalten.

Für die Berücksichtigung dieses Anliegens, danken wir Ihnen im Namen der Kantone der Nordwestschweizer Regierungskonferenz – Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Jura.

Mit freundlichen Grüssen

Nordwestschweizer Regierungskonferenz



Dr. Anton Lauber, Regierungsrat Basel-Landschaft
Konferenzpräsident



Simone Leibundgut
Konferenzsekretärin

Kopie:

- Ausschussmitglieder NWRK
Brigit Wyss, Regierungsrätin Kanton Solothurn
Elisabeth Ackermann, Regierungspräsidentin Kanton Basel-Stadt
Markus Dieth, Regierungsrat Kanton Aargau
Jacques Gerber, Président du Gouvernement Canton Jura
- Botschafter Pietro Piffaretti, Bern
- Botschafter Paul Seger, Berlin